

NACHRICHTEN

STUTTGART 21

Bund fordert Aufklärung über Mehrkosten



Bahnchef Rüdiger Grube gegenüber Bund in Erklärungsnot Foto: dapd

STUTTGART | Die Bundesregierung fordert von der Bahn Aufklärung über die jüngste Kostenexplosion bei Stuttgart 21. Laut Spiegel haben die Staatssekretäre aus den Ministerien für Verkehr, Wirtschaft und Finanzen, die den Bund im Bahn-Aufsichtsrat vertreten, 34 Fragen an den Konzern geschickt. Unter anderem wollen sie demnach wissen, seit wann dem Vorstand bekannt sei, dass es zu deutlichen Kostensteigerungen kommt. Die Bahn hatte im Dezember mitgeteilt, der Finanzierungsrahmen für S 21 steige um 1,1 auf 5,6 Milliarden Euro. Hinzu kämen Risiken von 1,2 Milliarden Euro. (dpa)

BLACKOUT DURCH KÄLTE

Netzbetreiber sehen Gefahr gebannt

BERLIN | Trotz der jüngsten Kältewelle und des damit verbundenen hohen Stromverbrauchs sehen die Netzbetreiber keine erhöhte Gefahr eines Blackouts. „Es ist alles derzeit stabil“, sagte der Chef des Übertragungsnetzbetreibers 50Hertz, Boris Schucht, gestern. Der Netzbetreiber betreibt die Stromautobahnen in Ost- und Norddeutschland. Auch eine Sprecherin der Bundesnetzagentur betonte: „Insgesamt ist die Situation beherrschbar.“ Bisher musste die Kaltreserve anders als im Jahr 2012 noch nicht genutzt werden. (dpa)

ZYPERN-KRISE UND EZB

Asmussen warnt vor Gefahren

ATHEN | EZB-Direktoriumsmitglied Jörg Asmussen warnt davor, die Schuldenkrise Zyperns zu leicht zu nehmen. In normalen Zeiten sei Zypern als Mini-Volkswirtschaft nicht systemrelevant für die Eurozone, sagte er der Zeitung Kathimerini. Aber die Zeiten seien nicht normal, und deshalb könnten ungeordnete Zypern-Entwicklungen den Fortschritt behindern, den Europa im Jahr 2012 gemacht habe, so Asmussen. Als besondere Gefahr sieht er Ansteckungseffekte in Griechenland, wo zyprische Banken stark engagiert sind. (dpa)

TEXTILFABRIK BANGLADESCH

Sieben Tote bei erneutem Brand

DHAKA | Nach einem erneuten Feuer mit sieben Toten in einer Textilfabrik in Bangladeschs Hauptstadt Dhaka haben die Behörden mangelhaften Brandschutz in dem Unternehmen bemängelt. Ersten Ermittlungen zufolge habe die Fabrik kein Brandschutzzertifikat gehabt, hieß es gestern. Die Sicherheitsvorkehrungen seien mangelhaft gewesen. Zwei der sieben getöteten Arbeiterinnen seien Mädchen von 15 und 16 Jahren gewesen. In dem Gebäude wurde offenbar Kleidung für europäische Unternehmen hergestellt. (dpa)

ENERGIEKONZERN DONG

Klage gegen Stromnetzbetreiber Tennet

HAMBURG | Der Stromnetzbetreiber Tennet gerät wegen des schleppenden Offshore-Windpark-Anschlusses jetzt auch juristisch unter Druck. Der dänische Energiekonzern Dong habe einen Antrag auf Missbrauchsverfahren gegen Tennet bei der Bundesnetzagentur gestellt, so der Spiegel. Dong wirft Tennet vor, der Betreiber komme nicht seiner Verpflichtung nach, den Windpark Borkum Riffgrund 2 ans Stromnetz anzuschließen. Tennet fehlen potente Geldgeber, um die nötigen Milliarden-Investitionen zu tätigen. (dapd)

Arbeitskampf nach Gutsherrenart

STREIK Verpackungshersteller scheitert mit Versuch, einen Ausstand gerichtlich verbieten zu lassen

HAMBURG taz | Das Streikrecht bleibt unangetastet: Das Arbeitsgericht im niedersächsischen Verden hat es am Freitag abgelehnt, der Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie (IG BCE) einen Streik zu untersagen. Mit einem seit drei Monaten andauernden Ausstand kämpfte die Gewerkschaft um einen Haustarifvertrag beim Verpackungshersteller Neupack. Dessen Geschäftsführung hatte gegen den Streik eine einstweilige Anordnung erreichen wollen.

Neupack betreibt zwei Werke zur Herstellung von Joghurtbechern in Hamburg-Stellingen und im niedersächsischen Rotenburg an Wümme. Die IG BCE will in dem Familienbetrieb seit einem Jahr einen Haustarifvertrag durchsetzen. Die Inhaber würden die Firma mit ihren 220 Beschäftigten nach „Gutsherrenart“ leiten, so der Vorwurf. Dazu gehörten zum Beispiel unterschiedliche Löhne für gleiche Arbeit, oft unter Tarif, und die willkürliche Streichung von Urlaubsgeldern und Schichtzuschlägen.

Am 1. November vorigen Jahres hatte die IG BCE zum unbefristeten Erzwingungsstreik aufgerufen – ein Novum für die sonst eher an sozialpartnerschaftlichen Lösungen interessierte Gewerkschaft. Die Firmenbosse reagierten mit aller Härte. So ließen sie per einstweiliger

Verfügung Blockaden der Betriebstore durch Streikposten untersagen.

Zugleich orderte Neupack polnische Leiharbeiter, die die Produktion aufrechterhalten sollten. Als die Gewerkschaft juristisch dagegen vorging, stellte die Firma die Leute als befristete Aushilfskräfte ein. Arbeitsrechtlich wurden sie aber als „polnische Mitarbeiter“ geführt, da sonst ihr Einsatz als Streikbrecher nach der Rechtsprechung unzulässig ist.

Allmorgendlich kam es zu Konflikten, wenn die Busse die Aushilfsarbeiter brachten. „Der Neupack-Anwalt zeichnete vor Gericht ein Bild, als wenn Krieg an den Werkstoren geherrscht habe und der Streik ein unzulässiger Eingriff in einen Gewerbebetrieb sei“, sagt die Frankfurter IG-BCE-Anwältin Mechthild Garweg.

Der IG-BCE-Bundesvorstand setzte den Streik am Donnerstag dennoch aus – um die Arbeit eines Vermittlers zu erleichtern, wie es hieß. Intern war jedoch zu hören, die Gewerkschaftsführung sei zu dem Schluss gekommen, dass wegen der Leiharbeiter mit der klassischen Arbeitsverweigerung Neupack nicht in die Knie zu zwingen sei. Zu neuen „kreativen“ Arbeitskampfformen sei die Gewerkschaftsführung aber nicht zu bewegen gewesen. **KAI VON APPEN**

A7-Privatisierung vor dem Aus

AUTOBAHN 7 Die umstrittene Öffentlich-Private Partnerschaft kommt wohl nicht: Vor dem Regierungswechsel zu Rot-Grün will Niedersachsen die Ausschreibung nicht starten



Demo in Hannover-Münden: Manchmal sind Proteste erfolgreich Foto: Archiv

VON KAI SCHLIETER

BERLIN taz | Die Ausschreibung zur Teilprivatisierung eines Abschnitts der Autobahn A7 in Niedersachsen ist vorerst gestoppt. Das berichtete der niedersächsische SPD-Abgeordnete Ronald Schminke unter Berufung auf den noch amtierenden niedersächsischen Verkehrsminister Jörg Bode (FDP). Schminke zeigte sich erfreut, dass es zu keiner Ausschreibung kommt, weil diese in jedem Fall für das Land Niedersachsen mit hohen Kosten verbunden wäre: Bei derartigen Ausschreibungen werden nämlich Entschädigungsansprüche festgelegt; die unterlegenen

Bieterkonsortien hätten Ausgleichszahlungen von rund 600.000 Euro erhalten.

Die geplante Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP) für Sanierung und Ausbau der A7 war zuvor vom Rechnungshof kritisiert worden. Das Bundesverkehrsministerium tritt allerdings weiter vehement für eine ÖPP-Variante ein. Die taz hatte Anfang Januar über Manipulationen bei den geheimen Wirtschaftlichkeitsberechnungen des ÖPP-Projekts berichtet: Berater des Bundesverkehrsministeriums hatten Zahlen so verändert, dass die ÖPP-Variante plötzlich um 29 Millionen Euro günstiger erschien als eine konventionelle Umsetzung.

„Niedersachsen ist nun nicht mehr der willenlose Erfüllungsgehilfe des Bundes“

RONALD SCHMINKE, SPD

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte daraufhin den Stopp des Vorhabens gefordert.

Durch den Regierungswechsel in Niedersachsen, das künftig von SPD und Grünen regiert wird, sinken nun die Chancen für eine Öffentlich-Private Partnerschaft bei der A7. Zusammen mit dem Grünen Enno Hagenah hatte der designierte Wirtschafts-

und Verkehrsminister Olaf Lies (SPD) dem amtierenden FDP-Minister Bode einen Brief geschrieben. Darin hatten sie „im Sinne der politischen Fairness und zur Vermeidung unnötiger Kosten oder rechtlicher Auseinandersetzungen“ darum gebeten, „die Vorbereitungen zur Ausschreibung der Arbeiten an der A7 im Rahmen eines ÖPP-Konzeptes im Sinne der zukünftigen Mehrheitsfraktion auszusetzen“.

Bode war bislang als strikter Befürworter des ÖPP-Projekts aufgetreten. Nach dem Brief, der der taz vorliegt, hatte er laut Schminke telefonisch zugesichert, die Ausschreibung aussetzen. Damit steht das ganze Verfahren infrage. Schminke ist zuversichtlich: „Niedersachsen ist nun nicht mehr der willenlose Erfüllungsgehilfe des Bundes.“

Auch die Privatisierungsgegner des Bündnisses „Gemeint in Bürgerhand“ begrüßten die Entwicklung. Wer sich für ÖPP einsetze, werden abgewählt, erklärte Sprecher Carl Waßmuth.

Spannend wird, wie der für die Autobahnen zuständige Bund auf die neue Situation reagiert. Der zuständige Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann (CDU), hatte der taz Ende 2012 gesagt, wenn Niedersachsen eine linke Mehrheit bekomme, werde der Bund die Gelder drosseln. „Wenn die glauben, dass konventionell genauso schnell gebaut werden kann, werden die sich wundern, weil der Bund die Mittel gar nicht zuweisen wird.“ Ferlemann hatte betont: „Wenn die kein ÖPP machen, werden die lange Zeit auf einen Ausbau warten.“



BIOFACH & VIVANESS

Vom 13. bis 16. Februar 2013 trifft sich die Biowelt auf der weltweit größten Messe für Bioprodukte, der BioFach, in Nürnberg. Parallel präsentiert die Vivanness als wichtigste Fachmesse für Naturkosmetik Innovationen und Trends der Branche. Wir berichten in einer 8-seitigen Sonderbeilage am 13. Februar unter anderem über folgende Themen:

- **Biofach & Vivanness:** Die Doppelmesse im Profil
- **Gleichmacherei?** Bioqualität und Globalisierung
- **Ökomarkt:** Wirtschaftliche Entwicklung der Branche
- **Frutti di Mare:** Öko-Gambas aus Costa Rica
- **Schön und gut:** Mode und Naturkosmetik
- **Prämiert:** MUNDUS VINI und Olivenöl Preis

Die Beilage wird auf der Messe am taz-Stand in Halle 6, Stand 471, verteilt. **Anzeigenschluss: 1. Februar 2013, 12 Uhr**

Weitere Informationen und Leserschaftsdaten: taz Anzeigenabteilung | Jan Kniggendorf T (030) 259 02-130 | F (030) 251 06 94 | anzeigen@taz.de

Solarworld-Chef gönnt sich ein Schloss

SOLARINDUSTRIE Während Anleger und Mitarbeiter bangen, kauft Frank Asbeck das Gottschalk-Anwesen

BONN dpa/taz | Der Gründer und Chef des Solarherstellers Solarworld, Frank Asbeck, macht seinem Ruf mal wieder alle Ehre. Asbeck demonstriert gern mit teuren Autos (einst Maserati, später Rolls-Royce), wie viel Geld sich in der Solarwirtschaft verdienen ließ. Jetzt kauft er Thomas Gottschalk das Schloss Marienfels ab – für geschätzte 5 Millionen Euro. Aber nicht für sich für allein: In dem Anwesen mit 800 Quadratmeter Wohnfläche, das bisher dem TV-Entertainer als deutscher Zweitwohnsitz diente, soll eine gemeinnützige Stiftung ihren Sitz haben. Die 10.000 Quadratmeter Wald, die zum Schloss gehören, dürften

hingegen sein Jagdrevier vergrößern. Wie der Kölner Stadtanzeiger berichtete, besitzt der schillernde Solarworld-Chef schon ein weiteres Schloss in unmittelbarer Nachbarschaft.

Auf wenig Verständnis dürfte der Zukauf bei den Anlegern und Mitarbeitern von Solarworld stoßen. Denn das Unternehmen steckt in ernsthaften Schwierigkeiten. Am Freitag hatte Asbeck mitgeteilt, dass „gravierende Einschnitte bei den Verbindlichkeiten der Gesellschaft“ bevorstehen. Den Gläubigern des Unternehmens droht also ein Schuldenschnitt. Die Solarworld-Aktie brach daraufhin um 30 Prozent ein.



Noch ohne Solardach: Schloss Marienfels am Rhein Foto: dapd

Auch Stellen sind bedroht: Es könne bei den Arbeitsplätzen zu „geringfügigen weiteren Anpassungen“ kommen, hatte Asbeck erklärt. Zuvor hatte Solarworld bereits 500 Stellen abgebaut und beschäftigt nun 2.500 Menschen.

Das einstige Vorzeigunternehmen, das auf komplette Fotovoltaikanlagen vor allem für Dächer spezialisiert ist, hatte der Branchenkrise bisher besser getrotzt als die Konkurrenz. Im letzten Quartal 2012 war das Unternehmen wegen des Preisverfalls im Solarzellenmarkt mit einem Verlust von 69 Millionen Euro jedoch ebenfalls tief in die roten Zahlen gerutscht. Für das Gesamtjahr 2012 erwartet der Konzern einen deutlich niedrigeren Umsatz und einen hohen operativen Verlust. Analysten gehen davon aus, dass Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten werden, um eine Insolvenz zu vermeiden. **MKR**